

# NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



## „In die neue Zeit“: Parteitag in Berlin setzt Akzente

### Impulse für mehr Gerechtigkeit

Neben der Neuwahl des Vorstandes haben wir auf unserem Bundesparteitag in Berlin auch hart inhaltlich gearbeitet und zahlreiche Beschlüsse gefasst. So haben wir beispielsweise ein neues **Sozialstaatskonzept** verabschiedet: mit einem Bürgergeld statt Hartz IV, mit einer eigenen Kindergrundsicherung und einem deutlich höheren Mindestlohn, der nicht nur im Jetzt, sondern auch im Alter vor Armut schützt.

Ein wichtiger Impuls für mich ist zudem, dass wir die **Vermögenssteuer** wieder einführen wollen, um Reiche stärker zur Kasse zu bitten. Die schwarz-gelbe Bundesregierung der neunziger Jahre hatte die Abgabe nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht neu ausgestaltet,

sondern wegfallen lassen. Darüber werden wir mit der CDU sprechen.

Beim **Klimaschutz** haben wir deutlich klargestellt, dass wir mehr wollen als die Bremskräfte bei CDU und CSU. Statt bloßen Appellen an die Moral des Einzelnen wollen wir einen „Green New Deal“, also eine ökologische und soziale Transformation, die der Staat aktiv steuert. Unser Beschluss legt zum Beispiel detailliert dar, wie wir die Krise der Windenergie überwinden wollen.

Last but not least ergreifen wir für Friedens- und Entspannungspolitik, für Multilateralismus und Europa Partei. Denn das sind die entscheidenden Bausteine für eine friedliche Entwicklung in Europa und der Welt.

*Moin!*

Im vergangenen Monat hat unsere SPD ihren Bundesparteitag in Berlin abgehalten. Unter dem Motto „In die neue Zeit“ haben wir diskutiert und die Weichen gestellt für das, was wir erreichen wollen. Ich selbst war als Delegierter des SPD-Bezirks Weser-Ems dabei und habe leidenschaftlich, aber immer solidarisch geführte Debatten erlebt. Auf dem Foto seht ihr mich mit Nicole Piechotta und Haiko Meents aus dem Vorstand der SPD Oldenburg-Stadt. Im Artikel links stelle ich euch die wichtigsten Beschlüsse vor.

Das neue Jahr 2020 wird auch ohne Wahlen vor Ort ein politisch spannendes. Im Januar diskutieren wir im Bundestag über die Organspende, im weiteren Verlauf des Jahres werden wir noch zahlreiche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag abarbeiten und den letzten Bundeshaushalt der laufenden Legislaturperiode verhandeln. Doch auch im Wahlkreis bin ich bei zahlreichen Besuchen zugegen und stehe euch zum Gespräch zur Verfügung. Vor allem bei meiner regelmäßigen Veranstaltung **„75 Minuten Klartext“**. Auf S. 4 findet ihr Infos zum nächsten Termin in Oldenburg. Ich freue mich, euch dort zu sehen!

*Ever 1015*

# Debatte zur Organ- spende im Bundestag

## „Doppelte Widerspruchs- lösung“ wird beraten

Noch in diesem Monat wird im Bundestag die Neuregelung der Organ- spende beraten. Ich finde: Es wird Zeit für eine Änderung. Bislang gilt in Deutschland die Entscheidungslösung. Das bedeutet, dass nur Organ- spender werden kann, wer im Falle seines Todes einer Organ- und/oder Gewebespende ausdrücklich zugestimmt hat oder bei dem Angehörige von dieser Entscheidung wissen. Die gesetzlichen Krankenkassen verschicken dazu seit einigen Jahren Informationsmaterial, um die Entscheidungsfindung zu unterstützen oder sie überhaupt erst einmal anzustoßen.

In Deutschland stehen aktuell trotzdem etwa 9.500 Menschen auf der Warteliste für ein Spenderorgan. Im Jahr 2018 ist die Zahl der Organ- spenden um 20% gestiegen – allerdings gab es im Vorjahr 2017 den niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Fakt ist: Wir sind im europäischen Vergleich unter Berücksichtigung der Einwohnerzahlen das Organ- spende-Schlusslicht! Und das, obwohl in Umfragen immer wieder deutlich wird, dass ein großer Teil der Bevölkerung die Organ- spende befürwortet.

Der Vorschlag, der jetzt im Raum steht, beinhaltet die sogenannte

Widerspruchslösung, bei der jeder grundsätzlich erst einmal als Organ- spender gilt, der sich nicht ausdrücklich dagegen entschieden hat. Diese Entscheidung kann er zum Beispiel in ein Widerspruchsregister eintragen. Diese Regelung gilt übrigens in den meisten EU-Staaten.

Unabhängig davon, wie ihr zu diesem sehr persönlichen Thema steht: Wir können denen, die auf ein Spenderorgan warten, nur dann helfen, wenn wir alle für uns zu Lebzeiten eine Entscheidung treffen. Ich finde, dass eine Widerspruchslösung dafür der richtige Weg sein kann.



# HINTER DEN KULISSEN U55: Die „Kanzler- U-Bahn“ in Berlin

## Was es mit der kürzesten U-Bahn-Linie auf sich hat

Der Berliner ÖPNV ist bis weit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt. Jeder, der schon einmal dort war, wird eine U- oder S-Bahn, eine Straßenbahn oder einen Bus genutzt haben. Etwas weniger bekannt ist aber eine ganz besondere U-Bahn-Linie, die direkt am Bundestag entlang führt. Es handelt sich um die Linie U55: nicht nur die jüngste, sondern auch die kürzeste U-Bahn-Linie der Stadt.

Die Strecke der U55 reicht nur vom Brandenburger Tor über den Bun-

destag zum Hauptbahnhof – ganze drei Stationen also auf einer Strecke von 1,8 Kilometern. Sie soll künftig an die U-Bahn-Linie U5 angeschlossen werden. Bis dahin pendelt sie zwischen ihren drei Stationen hin und her. Am jeweiligen Endbahnhof angekommen, steigt die Fahrerin oder der Fahrer aus, spaziert zum anderen Ende des Zuges und fährt in die Gegenrichtung weiter. Die U55 trägt übrigens den Spitznamen „Kanzler-U-Bahn“, der eine Anspielung auf Helmut Kohl ist. In seine Regierungszeit fiel der Beschluss, die U55

zu bauen und in Betrieb zu nehmen. Ganz so nutzlos ist die U55 übrigens nicht – hat sie auch mich schon öfter durch das Berliner Schmuttelwetter trocken vom Bundestag zum Hauptbahnhof gebracht.

Dieses Jahr kommt aber wohl Bewegung in die Sache – der Anschluss der U55 an die Linie U5 soll bald erfolgen. Dann wird aus der kurzen Linie eine ziemlich lange Linie: nämlich von Moabit über das Brandenburger Tor und den Bundestag bis zum Alexanderplatz.





04. Dezember – Gespräch mit der Flüchtlingshilfe Oldenburg bei der interkulturellen Begegnungsstätte IBIS.



04. Dezember – „75 Minuten Klartext“: Diskussion in Cloppenburg mit Ulf Prange MdL und Ratsherr Jan Oskar Höffmann (Mitte).



05. Dezember – Für Kiola e.V. und die gemeinnützigen Werkstätten habe ich am Lefferseck Tombola-Lose verkauft.



09. Dezember – Eine Gruppe politisch Interessierter aus der Region hat mich in Berlin besucht. Das Gespräch im Bundestag durfte nicht fehlen.

## Entschiedenenes Vorgehen gegen Steuerbetrug

### Führt die „Kassenbonnpflicht“ zu mehr Müll und Bürokratie?

Am 01. Januar 2020 ist das Kassengesetz in Kraft getreten. Dieses ist nicht neu, sondern wurde bereits 2016 verabschiedet. Damit soll Steuerbetrug durch manipulierte Kassen unterbunden werden, bei denen etwa getätigte Verkäufe nachträglich wieder gelöscht und so für die steuerliche Berechnung unsichtbar werden. Sachverständige schätzen den Schaden, den die öffentliche Hand durch derartigen Betrug erleidet, auf mehrere Milliarden Euro. Wohlgermerkt pro Jahr! Das ist Geld, das uns dann bei Investitionen fehlt.

Jetzt müssen elektronische Aufzeichnungssysteme über eine zertifizierte technische Sicherheitseinrichtung verfügen. Nachträgliche Manipulationen der Daten sollen durch eine elektronische Protokollierung unmöglich werden, die Daten werden also so festgeschrieben, dass Änderungen sichtbar sind. Zudem wird für jedes Geschäft eine Transaktionsnummer vergeben, um Lücken in den Aufzeichnungen erkennbar zu machen.

Das Kassengesetz sieht die viel kritisierte „Belegausgabepflicht“ vor – so

heißt die Kassenbonnpflicht im Amtsddeutsch. Das ist keine unnötige Bürokratie, sondern dient dazu, Steuerfahndern einen Abgleich von Kassen und tatsächlich getätigten Geschäften möglich zu machen. Mitnehmen muss den Bon übrigens niemand.

Damit schützen wir natürlich auch ehrliche Verkäufer vor unredlicher Konkurrenz. Und im Vergleich mit dem Verpackungsmüll, der im Einzelhandel und in der Gastronomie entsteht, ist das Müllaufkommen durch zusätzliche Belege niedrig. Diese können übrigens auch elektronisch per Nahfeldkommunikation übermittelt oder auf umweltfreundlichem Papier gedruckt werden.

Auch wenn wir im Kampf gegen Steuerbetrug noch nicht am Ziel sind: Das Kassengesetz ist ein wichtiger Schritt.

Am 16. November haben Hanna Naber, Ulf Prange und ich die Auftaktveranstaltung unserer Reihe „75 Minuten Klartext“ abgehalten. In Zukunft sind wir regelmäßig in Oldenburg und im Ammerland unterwegs, um kurz und knapp Antworten auf eure politischen Fragen und Anregungen zu geben.

Nach unseren ersten beiden Veranstaltungen im Oldenburger Stadtnorden und in Cloppenburg ist nun der Süden der Stadt Oldenburg an der Reihe. Die Veranstaltung findet statt am

**Samstag, den 25.01.2020  
um 10.30 Uhr  
im „Café Herz“,  
Stedinger Straße 26-28,  
26135 Oldenburg.**

Dort stehen Ulf, Hanna und ich erneut Rede und Antwort. Wir freuen uns auf euch! Und natürlich folgen auch weitere Termine „75 Minuten Klartext“ in Oldenburg und im Ammerland.

**DIREKT GEWÄHLT -  
DIREKT ANSPRECHBAR!**

#### **Berliner Büro**


Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030 227 72 800  
E-Mail: [dennis.rohde@bundestag.de](mailto:dennis.rohde@bundestag.de)

#### **Wahlkreisbüro Oldenburg**

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg  
Telefon 0441 99 86 76 01  
E-Mail: [wahlkreis@dennis-rohde.de](mailto:wahlkreis@dennis-rohde.de)

 [www.dennisrohde.de](http://www.dennisrohde.de)

 [facebook.com/dennis.rohde](https://facebook.com/dennis.rohde)

 [twitter.com/dennisrohde](https://twitter.com/dennisrohde)



## — OFFIS stellt sich neu auf

### Gespräch zur Zukunft der Forschung in Oldenburg nach Millionenförderung

7,2 Millionen Euro pro Jahr: In dieser Höhe fördern wir als Bund künftig das neue DLR-Institut „System Engineering für zukünftige Mobilität“, das aus dem Oldenburger Informatik-Institut OFFIS ausgegründet und in den Verbund des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) aufgenommen wird. Das haben wir im November im Haushaltsausschuss beschlossen.

Nun habe ich mich mit dem Vorstandsvorsitzenden des OFFIS, Prof. Dr. Wolfgang Nebel, dem Bereichsvorstand Verkehr, Dr. Axel Hahn, und dem OFFIS-Geschäftsführer, Dr.

Holger Peinemann (auf dem Foto von links), getroffen und mich über die Pläne zur Umsetzung am neuen Standort auf dem geplanten IT-Campus informiert.

Für mich dabei besonders wichtig: Das neue DLR-Institut wird auch mit dem bereits in Wechloy ansässigen DLR-Institut für Vernetzte Energiesysteme, dessen Aufnahme ins DLR wir 2016 im Haushaltsausschuss beschlossen haben, eng zusammenarbeiten. In Oldenburg Spitzenforschung aufzubauen, wie wir es in den letzten Jahren gezielt getan haben, schafft also auch neue Synergien.

## — Politisch Interessierte besuchen Berlin

### Informationsfahrt in die Bundeshauptstadt

In der Adventszeit hat mich wieder einmal eine Gruppe von politisch Interessierten in Berlin besucht: Vom 09. bis zum 12. Dezember waren die Gäste vor Ort.

Am Anreisetag habe ich die Gruppe im Paul-Löbe-Haus des Bundestages in Empfang genommen und sie durch die Räumlichkeiten des Parlaments geführt. Im Anschluss war Zeit für eine einstündige Diskussion über meine Arbeit und ein Erinnerungsfoto.

Im Verlauf der Woche gab es dann zahlreiche Einblicke ins politische Berlin. Etwa im Abgeordnetenhaus, beim Austausch im Bundesverteidigungsministerium oder beim Besuch einer Plenarsitzung des Bundestages. Auch die deutsche Geschichte durfte nicht fehlen: Beim Besuch in der Ausstellung „Tränenpalast“ und bei der Führung durchs Stasimuseum in Berlin-Lichtenberg mit einem Zeitzeugen standen besonders die deutsche Teilung und das SED-Regime im Fokus. Es waren spannende Tage!